

## Medienmitteilung

Thema	Stellungnahme zur Kita-Initiative der SP
Für Rückfragen	Michael Köpfl, Tel. 079 743 30 89
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6350, 3001 Bern eMail <a href="mailto:bern@grunliberale.ch">bern@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.bern.grunliberale.ch">www.bern.grunliberale.ch</a>
Datum	22. Juli 2008

### Grünliberale fordern Pilotprojekt zu Betreuungsgutscheinen

Die Grünliberalen sind der Meinung, dass sich der Einsatz von staatlichen Geldern für eine qualitativ gute Betreuung von Vorschulkindern lohnt. Dies ist dann volkswirtschaftlich sinnvoll, wenn die Eltern dadurch einer zusätzlichen Erwerbstätigkeit nachgehen können und wenn private Anbieter durch die staatlichen Fördergelder nicht benachteiligt werden. Der Weg zu einem grösseren und qualitativ hoch stehenden Angebot führt nicht über einen planwirtschaftlichen Rechtsanspruch sondern über gesunden Wettbewerb. Die Grünliberalen fordern deshalb, dass die Stadt Bern ein Pilotprojekt zur Einführung von Betreuungsgutscheinen lanciert. Ein solches Vorhaben würde bei erfolgreicher Bewerbung sogar vom Bund mitfinanziert.

Zur SP-Initiative: Ein Rechtsanspruch, der auf einen beliebigen Umfang der Betreuung im gewünschten Stadtteil abzielt, ist nicht umsetzbar. Er führt dazu, dass faktisch Überkapazitäten geschaffen und finanziert werden müssen, um die Ansprüche im Bedarfsfall zu decken. Die Berechnungen zur Finanzierung sind lückenhaft: Die Initianten rechnen mit der Schaffung von 200 zusätzlichen Plätzen. Ein Rechtsanspruch führt aber dazu, dass auch Eltern von Kindern einen Platz beanspruchen werden, die bis anhin noch kein Interesse angemeldet haben bzw. die sich die Betreuung momentan anderweitig organisieren. Dies wird zu unplanbaren Mehrkosten führen.

Es ist zudem volkswirtschaftlich und sozial nicht sinnvoll, dass der Rechtsanspruch auch für Eltern gelten soll, welche während der Betreuungszeit keiner Erwerbstätigkeit nachgehen.

Diese Planwirtschaft führt dazu, dass der Anteil an kostenintensiveren öffentlichen Plätzen und der Verwaltungsaufwand weiterhin hoch bleibt oder ansteigt. Eltern können zudem nicht einmal wählen, in welche Krippe sie ihr Kind schicken wollen.

### **Die Grünliberalen fordern stattdessen ein Pilotprojekt mit Betreuungsgutscheinen**

Der Bund finanziert im Rahmen seines Impulsprogrammes Pilotprojekte zur Einführung von Betreuungsgutscheinen. Durch das Gutscheinsystem wird eine Umlagerung der Subventionen von den Anbietern zu den nachfragenden Eltern geschaffen.

**Die Eltern könnten dadurch wählen, ob sie die Gutscheine für öffentliche oder private Kita-Plätze oder alternativ auch für Tageseltern einsetzen wollen.**

Somit entsteht ein Wettbewerb, welcher privaten Anbietern zumindest die gleichen Chancen auf dem Markt ermöglicht. Durch das heutige System werden Anbieter von privaten Plätzen benachteiligt, obwohl sie zum grossen Teil geringere Kosten ausweisen. Der Wettbewerb hätte einen positiven Effekt auf Qualität, Preis und Angebotsvielfalt.

### **Kurzfristige Massnahmen**

Auch kurzfristig gibt es sinnvollere Massnahmen als einen Rechtsanspruch. Insbesondere ist hier ein transparentes und zentrales Anmeldesystem nötig, welches unter anderem auch aufzeigen würde, wie viele Plätze der Stadt tatsächlich fehlen.

Mehr zu unserer Analyse und unseren Forderungen finden Sie in der angehängten ausführlichen Stellungnahme.